Aufgabe als gewissenhafter Gesprächspartner, als kompetenter Ratgeber und als wachsamer Verteidiger der Kinderrechte erfüllen zu können. Er soll immer und von jedem erreichbar sein. Finanzielle Erwägungen dürfen seine Handlungsfreiheit nicht einschränken. Er soll die Rechte der Kinder zugleich absichern und fördern. Seine bloße Existenz ist gleichbedeutend mit der Anerkennung des Kindes als Rechtssubjekt.

Jean-Pierre Bartholmé: Zur Einführung eines Ombudsmanns für Jugendliche in der französischsprachigen Gemeinschaft in Belgien (S. 197 ff)

Jean-Pierre Barhtolmé ist verantwortlicher Leiter des Informationszentrums für Jugendliche in Namur. Im Anschluß an einen großen Streik der Erzieher im Jahre 1974 entstand eine Diskussion um die Notwendigkeit von Unterbringung von Jugendlichen in Heimen oder Strafanstalten. Daraufhin wurden verschiedene Versuche unternommen, die Rechte dieser Kinder und Jugendlichen wirksamer zu vertreten, ein "Guide des droits des jeunes" wurde herausgegeben und 1978 wurde der erste "Service des droits des jeunes" gegründet. Heute bestehen vier dieser Einrichtungen in Brüssel, Mons, Namur und Liège. Die Einrichtung in Namur funktioniert als SAMO, d.h. ein "Service d'aide en milieu ouvert" (offene Jugendarbeit) und wird vom Sozialministerium finanziert. Ziel ist, die soziale Ausgliederung der unterprivilegierten Bevölkerungsschichten zu verhindern weil gerade sie am wenigsten Zugang zu den Institutionen haben, die für sie geschaffen wurden. Information wird als wesentliches Element von Sozialpolitik definiert.

Ziel der Zentren ist, dort einzugreifen, wo die traditionellen sozialen Dienstleistungsbetriebe versagen, Rechtsberatung anzubieten, aber nicht in Konflikte einzugreifen. Von 1200 Anfragen werden rund 10 % aktenkundig. Die Aufgabenbereiche sind Krisenberatung, Sozialhilfe und Rechtsberatung. Die Zentren verstehen sich als komplementär zu den traditionellen Sozialhilfediensten (C.P.A.S.), die jedoch in vielen Fällen zeitaufwendig und bürokratisch arbeiten. Sie versuchen auch, die Unterbringung von nicht-delinquenten Jugendlichen in geschlossene Anstalten zu verhindern. Im Bereich der Schule (in Belgien besteht die Schulpflicht bis 18 Jahre) sind es sogar oft die Eltern, die Anfragen an die Zentren richten, wenn ihr Kind z.B. von der Schule ausgeschlossen wird. Vor allem junge Anwälte arbeiten zum Teil auf freiwilliger Basis mit den Zentren zusammen. Die Arbeit der Zentren wird jedes Jahr bewertet: So wurden bei 135 laufenden Verfahren in Namur im Jahre 1986 36 Fälle erfolgreich abgeschlossen, 4 ergaben ein negatives Ergebnis und 39 Verfahren wurden eingestellt.

Wichtig ist für J.-P. Bartholomé der informelle Charakter der Jugendzentrums. Die Jugendlichen müssen sich hier wohl fühlen. Viel Zeit bedarf die erstmalige Klärung des Problems, mit dem sie sich an das Zentrum wenden. Die Gespräche haben oft nicht nur einen informativen sondern auch einen erzieherischen Charakter. Ziel der Zentren ist es in der Regel, Konflikte auf gütlichem Wege zu regeln, was auch immer häufiger gelingt. Nebenprodukte der Arbeit sind monatliche Berichte über die Entwicklung des Jugendrechts und Fortbildungsseminare über die Sozialgesetzgebung.

Jenny Kuper: Child Advocacy (S. 209 ff)

Jenny Kuper ist Assistentin am "Children's Legal Centre" in England. Das CLC ist eine relativ kleine, private Organisation, die sich mit der Gesetzgebung und der Politik für Kinder und Jugendliche betreffen, auseinandersetzt und den Kindern in diesen Angelegenheiten Gehör verschaffen will. Auch in England sind noch allzuviele Erwachsene der Meinung, daß "Kinder gesehen, aber nicht gehört werden sollen" ("Children should be seen, but not heard", Sprichwort aus dem 14. Jahrhundert). Das CLC hatte kürzlich einige Erfolge zu verzeichnen: Eine prinzipielle Entscheidung des House of Lords was die Elterliche Gewalt über Kinder anbelangt (S. 210), das Verbot der Prügelstrafe in den öffentlichen Schulen (angenommen im House of Commmons mit nur einer Stimme Mehrheit!), die Vertretung der Rechte des Kindes durch eine Art Patenschaft und durch Anwälte vor Gericht. Der Cleveland-Skandal (1987; S. 211) machte jedoch deutlich, daß auch bei Professionellen, die vorgeben, die Kinderrechte zu verteidigen, noch die nötige Umsicht in ihren Vorgehensweisen fehlt, denn auch in diesem Fall wurde die Meinung der Kinder nicht berücksichtigt. Das CLC wacht auch über die Wahrung der Kinderrechte in den geschlossenen Anstalten und versucht, die Vertretung der Kinder vor Gericht zu einem festen Bestandteil der Prozedur zu machen. Das CLC unterstützt ebenfalls die Bestrebungen von Kindern und Jugendlichen, sich selbst zu organisieren, wie